

schen in Bann.“ Für viele jugendliche Teilnehmer (53 % unter 30 Jahren) waren die Tage von Hamburg in erster Linie ein Gemeinschaftserlebnis, schon ein wenig Spaßgeneration.

Die Theologie, besonders die Bibelauslegung, kam vor mit bekannten Professorinnen und Professoren. Aber nicht das Bibelwissen allein war gefragt, sondern Bibelarbeit. Erstaunlich ist, daß es zum staatlichen Religionsunterricht in der Schule keine Veranstaltung gab. Spezifisch verhandelt wurden die gemeindlichen Probleme, wie z. B. „Der Pfarrer geht – die Gemeinde bleibt.“ Vor weit über 1000 Zuhörerinnen und Zuhörern erklärte die Diözesanvorsitzende Christel Ruppert, Freiburg, das diözesane Konzept der Seelsorgeeinheiten. Der Wiener Pastoraltheologe Paul Zulehner sagte: „Entweder unsere Gemeinden wagen einen Aufbruch, oder sie gehen unter.“ Ist das der Offenbarungseid für die Christinnen und Christen, die im normalen religiösen Alltag leben und – von einer Aufbruchsveranstaltung wie dem Katholikentag 2000 in Hamburg in ihre Gemeinden zurückgekehrt – nun weitermachen sollen? Aber wie?

„Hinabgestiegen in das Reich des Todes“

Ansprache von Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages, bei der Abschlußmeditation des Katholikentages in Neuengamme in der Ruine der St. Nicolaikirche in Hamburg am 3. Juni 2000.

„Warum“ – so beginnt die Klage des Hiob, die wir gerade gehört haben: Warum läßt der allmächtige, gütige und gerechte Gott zu, daß den Armen das wenige geraubt wird, das sie noch haben, daß aber die Diebe und die Mörder ungeschoren davon kommen? Warum läßt Gott Unrecht und Leid zu? Das haben Juden, das haben Christen, das haben Menschen immer wieder gefragt, viele Jahrhunderte lang.

Doch im vergangenen Jahrhundert ist etwas so Ungeheuerliches geschehen, das den christlichen Glauben unvergleichlich tiefer erschüttert hat als alle Leiden und Klagen zuvor: Mehr als sechs Millionen Juden sind ermordet worden, weil sie Juden waren. Die sie mißhandelt und gedemütigt, verschleppt und gefoltert, zu Tode gequält und mit Gas erstickt haben, waren Deutsche – die

meisten von ihnen dem Namen nach Christen. Nach diesen monströsen Verbrechen herrschte lange Zeit Schweigen. Die Opfer konnten nicht darüber reden, die Täter wollten es nicht.

Auschwitz ist zum Symbol für diesen Völkermord ohnegleichen geworden. Aber die Verbrechen sind an vielen Orten geschehen und verbinden sich mit vielen Namen. Neuengamme ist einer davon. Er steht nicht nur für die Verbrechen der Nationalsozialisten; er steht auch für den Versuch, sie zu vertuschen und zu vergessen.

Als das Lager Anfang 1945 befreit wurde, war es menschenleer und aufgeräumt. Wer es nicht wußte, hatte Mühe zu erkennen, daß hier und in den Außenlagern mehr als 100 000 Menschen inhaftiert waren und 55 000 Menschen umgekommen sind. Wie zynisch nimmt es sich heute aus, daß die Stadtverwaltung nach Kriegsende erklärte, sie wolle alles dafür tun „die vergangene Epoche endlich aus der lebendigen Erinnerung zu löschen“.

Bald entstand hier die „Vollzugsanstalt Vierlande“, und der Name Neuengamme verschwand. Es blieb lange Zeit den Opfern und ihren Angehörigen überlassen, an die Untaten der Vergangenheit zu erinnern. Erst 1965 wurde eine – allerdings zunächst fehlerhafte – Gedenktafel aufgestellt, 1981 ein „Dokumentationshaus“ eingeweiht. Es hat lange gedauert, bis wir Deutsche uns der Erinnerung, der Trauer und der Scham gestellt haben.

In den letzten Jahren haben wir in Deutschland vermehrt darum gerungen und gestritten, wie wir mit der Vergangenheit umgehen sollen. Die Auseinandersetzung war unter Theologen nicht weniger kontrovers als unter Historikern. Hier wie dort hat sich gezeigt, wie groß die Versuchung ist, das Geschehene zu rechtfertigen und zu verharmlosen.

„*Wo war Gott?*“ – diese Frage hat manchen Christen dazu verführt, noch im Unfaßbaren einen Sinn zu suchen. Andere haben dagegen – und wie ich meine zu Recht – darauf hingewiesen, daß jeder Versuch, Auschwitz theologisch zu deuten, scheitern muß: Unbegreiflich bleibt nicht nur das Schweigen Gottes angesichts der Grausamkeit der Täter, unbegreiflich bleibt auch das Schweigen der Menschen: das Schweigen all derer, die zugeschaut oder weggeschaut haben. Johann Baptist Metz hat es so formuliert: „*Auschwitz standzuhalten heißt nicht, Auschwitz zu begreifen. Wer hier begreifen wollte, hätte nichts begriffen.*“

Auschwitz standzuhalten – das heißt für mich, das Gedenken an die Opfer und die Erinnerung an ihr Leid wach zu halten, wie wir das auch heute an diesem Ort tun.

Auschwitz standzuhalten – das heißt vor allem, die Geschichte nicht schön zu reden, sondern mit ihren Brüchen und Abgründen zu verantworten. Das gilt auch mit Blick auf die zwiespältige Haltung der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus. Ich bin deshalb dankbar, daß Papst Johannes Paul II. mit seinem Schuldbekenntnis endlich ein deutliches Zeichen gesetzt hat. Gerade uns Christen darf es nicht darum gehen, die Vergangenheit zu erklären, einzuordnen und zu erledigen. Im Gegenteil: Die bittere Erkenntnis, wozu Menschen fähig sind, muß uns weiter irritieren und beunruhigen, damit sie als Mahnung präsent bleibt. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns immer wieder Fragen stellen:

- Warum haben auch Christen kaltblütig und planvoll ihre jüdischen Mitbürger gedemütigt, entrechtet, gequält und ermordet? Wie konnte es geschehen, daß jeder Maßstab für Recht und Unrecht verloren ging und die Fundamente eines zivilisierten Kulturstaates untergraben wurden?
- Warum haben so viele dazu geschwiegen, warum hat kaum jemand gewagt, die Würde des Nächsten und sein Recht auf Leben zu verteidigen? Wie war es möglich, daß die Fähigkeit, mitzufühlen und mitzuleiden verloren ging und damit auch jeder Sinn für Würde und Selbstachtung?
- Und vor allem: Wie können wir – die Nachfolgenden der Generation der Täter – verhindern, daß so etwas noch einmal geschieht? Wie kann man die Erinnerung wach halten – nicht nur als historisches Wissen, sondern als eine verbindliche Erfahrung, die uns in unserem heutigen politischen und gesellschaftlichen Handeln verpflichtet?

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muß weitergehen. Wir brauchen diese Auseinandersetzung, um unser kollektives Gedächtnis lebendig zu halten. Dabei geht es nicht nur um historisches Wissen und um Betroffenheit. Denn Betroffenheit, die bloß ängstigt und ratlos macht, bliebe für den einzelnen und die Gesellschaft ohne Folgen. Es geht auch darum, daß wir uns immer wieder neu der Werte versichern, die heute das Fundament unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft sind.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – von diesem Gebot wird unser Grundgesetz getragen. Als das Grundgesetz verfaßt wurde, war die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft noch schmerzlich nah. Heute halten viele junge Menschen, die keine eigene Erinnerung mehr daran haben, ihre Freiheiten und Rechte für selbstverständlich. Ihnen müssen wir die Erfahrungen der Vergangenheit weitergeben, damit sie erkennen, daß Freiheit und Menschenwürde auch in der Gegenwart kostbar und gefährdet sind, schützenswert und schutzbedürftig.

Denn heute werden in Deutschland Ausländer ermordet, Behinderte und Obdachlose angegriffen, jüdische Friedhöfe geschändet. Es gibt in unserem Land zu viel Haß gegen Fremde, zu viel Intoleranz, zu viel Gewalt. In meinen Augen wird darüber zu wenig gesprochen – und vor allem zu wenig widersprochen. Täuschen wir uns nicht: Der Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, er kommt mitten aus der Gesellschaft. Wer das nicht begreift, der verfehlt die Gefährlichkeit dieses Phänomens. Wir alle sind aufgefordert, die falsche Faszination durch Gewalt und Gewalttäter zu überwinden und diejenigen zu unterstützen, die nicht wegsehen oder gleichgültig sind, sondern die sich wehren und alltäglich Zivilcourage zeigen und demokratisches Engagement.

Menschenwürde und Menschenrechte sind heute gewiß nicht so gefährdet wie zu Zeiten des Naziterrors. Man würde die Opfer verhöhnen, wenn man beides vergleichen wollte. Aber was wir auch heute beobachten können, ist doch eine wachsende moralische Nachlässigkeit, eine neuerliche Indifferenz, eine zunehmende Verantwortungslosigkeit. Sicher, es ist der Staat, der die rechtlichen Rahmenbedingungen für Demokratie, Freiheit, Menschenwürde zu garantieren und auf die Einhaltung ihrer Regeln zu achten hat. Aber es sind die Bürger der Gesellschaft, die diese Rechte und gemeinsamen Werte mit Leben erfüllen. Wenn wir eines aus der Geschichte gelernt haben, dann doch dies: Es darf nicht wieder dazu kommen, daß sich eine schweigende Mehrheit nicht zuständig fühlt für das, was in unserem Land passiert. Es genügt nicht, Unrecht schweigend zu mißbilligen. Bloß innere Vorbehalte, nur stiller Protest ändern daran gar nichts.

Unrecht geschieht immer wieder, zumal dann, wenn man es gewähren läßt. Wir haben gerade eindringliche Zeugnisse von Gewalt und Verbrechen gehört; den Beispielen aus Ruanda und Bosnien könnte man – leider – viele weitere hinzufügen. An vielen Orten der Welt werden Kriege geführt und Menschenrechte mißachtet, an vielen Orten der Welt leben Menschen in Hunger und Elend. Sicherlich können wir nicht ihnen allen zu einem friedlichen und menschenwürdigen Leben verhelfen. Aber es macht mir Sorge, daß sich Desinteresse gegenüber Unrecht und Armut immer weiter verbreitet – im Vertrauen darauf, daß sich andere schon darum kümmern werden. Auch das gehört für mich zur Auseinandersetzung mit der Geschichte: Wo sich jeder um sich selbst und niemand mehr um den anderen kümmert, da können Freiheit und Demokratie nicht lange überleben.

Aber in einem Klima von Konkurrenz und Wettbewerb blicken wir immer häufiger nur auf die, die wir einholen wollen, und weniger auf die, die es mit-

zunehmen gilt. Dabei ist uns ja gar nicht die Fähigkeit zum Mitgefühl verloren gegangen – die große Spendenbereitschaft für Länder in akuter Not zeigt das ebenso wie das soziale Engagement vor allem auch in den christlichen Gemeinden. Aber ich habe den Eindruck, daß Solidarität in unserer Gesellschaft nicht mehr ganz so selbstverständlich und beständig ist, sondern nur noch punktuell und selektiv gewährt wird.

Dabei gerät zunehmend aus dem Blick, daß auch das solidarische Miteinander zu den Prägemerkmalen unserer zivilisierten Gesellschaft gehört. Wie fest das demokratische Bewußtsein in unserer Gesellschaft verankert ist, das erweist sich nicht nur darin, wie wir mit den Menschen zusammenleben, die fremd sind und in der Minderheit. Es erweist sich auch daran, wie wir mit denen umgehen, denen es schlechter geht als uns selbst.

Wenn der gesellschaftliche Reichtum immer ungleicher verteilt, wenn die soziale Gerechtigkeit als Gegensatz zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gesehen, wenn Solidarität mit den Schwächeren als fortschrittsfeindlich abgelehnt wird, dann gefährdet das über kurz oder lang auch das friedliche und zivilisierte Miteinander innerhalb unserer Gesellschaft und zwischen den Staaten.

Man muß nicht unbedingt Christ sein, um Werte wie die Erhaltung der Schöpfung, Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität zu teilen. Aber wir Christen sind aus unserem Glauben heraus in besonderer Weise verpflichtet, die Belange der Schwachen zur Sprache zu bringen. In unserer säkularen, pluralen Gesellschaft sind wir zwar inzwischen in einer Minderheitsposition, aber auch dieser Katholikentag zeigt, daß wir Stimme haben und daß sie nach wie vor Gewicht hat. Wir sollten sie einbringen, um möglichst viele davon zu überzeugen, daß Solidarität, daß Mitmenschlichkeit nicht allein an staatliche oder kirchliche Institutionen delegiert werden darf. Wir sollten sie einbringen in der Überzeugung, daß auch unsere moderne Gesellschaft nicht ohne gelebte Nächstenliebe auskommt.

Wir Deutsche haben erfahren, wie schnell Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit zu Leerformeln werden können. Die Auseinandersetzung mit unserer schwierigen Geschichte macht deutlich, daß gerade in unserer demokratischen Gesellschaft politische Verantwortung, moralische Sensibilität und solidarisches Engagement unverzichtbar sind. Sie mahnt uns, uns immer wieder neu der Werte zu versichern, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Immer wieder wird es Gründe geben, wie Hiob Ungerechtigkeit zu beklagen. Doch eine Barbarei wie die in Auschwitz, in Buchenwald oder in Neuen-gamme darf sich nicht wiederholen. Für mich ist die Lehre, die wir aus der Vergangenheit zu ziehen haben: Bleiben wir wachsam gegenüber Gleichgül-

tigkeit und Verantwortungslosigkeit. Uns Christen muß es erlaubt sein, Gott zu fragen, mit Gott zu hadern und an Gott zu zweifeln. Aber wir sind selbst dafür verantwortlich, ob es in dieser Welt human zugeht oder nicht. Ich meine, wir tun gut daran, an der Vision von einer friedlichen und gerechten Welt festzuhalten.

Ein Grund zur Hoffnung ist jeder einzelne Mensch, der die Erinnerung begreift als Verpflichtung, nicht wegzugehen, wenn anderen Menschen Unrecht geschieht, als Mahnung, nicht nur die eigenen Rechte einzufordern, sondern auch für die Rechte der anderen einzustehen, und als Aufforderung, Nächstenliebe und Solidarität zu leben, wo immer sich im Alltag die Möglichkeit dazu bietet.

Das besondere Buch

Hans-Josef Wollasch, **„Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg.“** Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942-1944. Universitätsverlag Konstanz 1999. 256 Seiten.

Durch glückliche Umstände sind große Teile der Gestapo-Akten von Gertrud Luckner erhalten geblieben. Hans-Josef Wollasch hat sie in vorbildlicher Weise herausgegeben und ihnen eine eingehende Biographie vorangestellt. Gertrud Luckner war bekanntlich eine einzigartige Persönlichkeit und, wie Leo Baeck einmal schrieb, „eine der edelsten, tapfersten und opferwilligsten Persönlichkeiten, die mir in meinem Leben begegnet sind“. Es ist tragisch, daß sie eine der ganz wenigen war, die sich während der Schoa für Juden eingesetzt hat und dies schließlich büßen mußte, indem sie in das KZ Ravensbrück kam. Nach dem Krieg begründete sie mit Karl Thieme den Freiburger Rundbrief, der auch nach ihrem Tode die wichtigste katholische Zeitschrift auf dem Gebiet des christlich-jüdischen Dialogs ist.

Während des Krieges reiste Gertrud Luckner viel in Deutschland herum, um Juden zu helfen, wobei sie seit dem 20. Januar 1943 überwacht wurde. Auf der Strecke zwischen Offenburg und Karlsruhe wurde sie am 24. März 1943 aus dem Zug geholt und verhaftet. Man wollte nicht nur ihre Hilfe für Juden verhindern, sondern auch eine Handhabe gegen den Freiburger Erzbischof Dr.